

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsvorsitzende Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Byrte Janßen

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Michael Kunze

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Prof. Günter Reuter

Ratsmitglied Jasmin Tegge

Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Bürgermeister Holger Barkowsky

Ratsmitglied Peter Debring

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Björn Heinisch

Ratsmitglied Howard Jacques

Ratsmitglied Wolfgang Jeschke

Ratsmitglied Petra Kolbe

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsmitglied Norbert Schmidt

Ratsmitglied Hermann Stolle

Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Ratsmitglied Peter Sokolowski

Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied BASU-Fraktion

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion

Beigeordneter Stefan Becker

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied "Piraten"

Ratsmitglied Rainer Büscher

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Stadtrat Dr. Jens Graul

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfung Heike Hansemann

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Fachbereich Finanzwirtschaft Torben Müller

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Ursula Biester

Ratsmitglied Melanie Bratzke

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Bürgermeister Fritz Langen

Beigeordneter Michael Veh

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 12

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

6	Bericht Frau Schute (WFG): Ausblick auf die EU-Förderperiode ab 2014	
7.1	Benennung von Mitgliedern für den Anstaltsbeirat der Justizvollzugsanstalt Oldenburg, Abteilung Wilhelmshaven	289/2012
8.1.1	Satzung zur Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung) in der Stadt Wilhelmshaven	294/2012
8.1.2	Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung - Erhöhung der Steuersätze -	295/2012
8.1.3	Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung - Erhöhung der Steuersätze -	296/2012
8.1.4	Jahresabschlüsse 2008, 2009, 2011: Bildung von Rückstellungen	298/2012
9	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
10.1	Resolution auf Antrag der BASU-Fraktion: Abschaffung des Gutscheinsystems nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	521/2012
10.2	Antrag der BASU-Fraktion auf Einrichtung des "gläsernen Rathauses"	522/2012

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorgelegten Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 17.10.2012

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –
(bei Enthaltung von Herrn Biehl wg. Nicht-Teilnahme)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 17.10.2012 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Zur „aktuellen Stunde“ lagen keine Beratungspunkte vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Beratungsbedarf.

6 Bericht Frau Schute (WFG): Ausblick auf die EU-Förderperiode ab 2014

Frau Schute gab im Rahmen eines ausführlichen Berichtes einen Ausblick auf die EU-Förderperiode ab 2014.

Der Bericht ist im Ratsinformationssystem als Anlage zur Sitzung hinterlegt.

7 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

7.1 Benennung von Mitgliedern für den Anstaltsbeirat der **289/2012**
Justizvollzugsanstalt Oldenburg, Abteilung Wilhelmshaven

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 26.11.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Für den Anstaltsbeirat der Justizvollzugsanstalt Oldenburg, Abteilung Wilhelmshaven (JVA Ölhafendamm), werden vorgeschlagen:

1. **Frau Gudrun von Kalm**, Kolumbusring 17, 26389 Wilhelmshaven
(auf Vorschlag der CDU-Fraktion)
2. **Frau Gitta Albers**, Südstrand 12, 26382 Wilhelmshaven
(auf Vorschlag der CDU-Fraktion)
3. **Herr Uwe Reese**, Saalestr. 9, 26382 Wilhelmshaven
(auf Vorschlag der SPD-Fraktion)
4. **Frau Katja Breuer**, Maadestr. 8, 26389 Wilhelmshaven
(auf Vorschlag der Gruppe Grüne/WBV/Piraten)

8 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

8.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

8.1.1 Satzung zur Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung) **294/2012**
in der Stadt Wilhelmshaven

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 26.11.2012 vor.

Herr Biehl beantragte getrennte Abstimmung über die einzelnen Steueranhebungen.

Frau Weinstock machte darauf aufmerksam, dass besonders Herr Tjaden immer wieder Sparvorschläge eingebracht habe, um Wege aus der desolaten Haushaltssituation der Stadt aufzuzeigen. Das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept sei jedoch nicht aussagekräftig genug. Die BASU-Fraktion werde die Steueranhebungen ablehnen, bis nicht andere Einsparmöglichkeiten aufgezeigt würden.

Herr Hellwig erklärte, es gebe nur drei Möglichkeiten, dem Schuldenberg, den die Stadt vor sich herschiebe, zu begegnen. Entweder man lasse sich die Entscheidung durch die Einsetzung eines „Sparkommissars“ der Kommunalaufsicht aus der Hand nehmen. Dies könne jedoch nicht Ziel sein, vielmehr müsse die Stadt Handlungsfähigkeit demonstrieren. Die zweite Möglichkeit bestehe in der Reduzierung der Ausgaben. Hier seien besonders die freiwilligen Aufgaben in den Bereichen Kunst, Kultur und Sport zu prüfen, wobei es erklärtes Ziel sei, ohne Schließungen zu einer Ausgabenreduzierung zu kommen. Die letzte Möglichkeit stelle schließlich die Verbesserung der Einnahmesituation dar. Dies sei insbesondere durch Steueranhebungen zu erreichen, welche vor dem Hintergrund der finanziellen Schieflage der Stadt als Solidarpakt aller Bürgerinnen und Bürger zu sehen seien. Im Übrigen beträfen

diese Anhebungen auch die Ratsmitglieder. Sicherlich sei bekannt, dass derartige Einschnitte nicht geeignet seien, Begeisterung hervorzurufen, dennoch sei dieser Schritt derzeit alternativlos. Auch der Verkauf des „Tafelsilbers“, wie in der Vergangenheit immer wieder praktiziert, bringe den Haushalt auf lange Sicht nicht wieder auf die Beine. Besonderes Augenmerk müsse künftig darauf gelegt werden, die Verursachung neuer Schulden zu verhindern.

Herr von den Berg verdeutlichte die Schwierigkeiten der Gruppe bei der Zustimmung zur Erhöhung der Steuerabgaben. Letztlich habe die desolate Haushaltslage zur Entscheidungsfindung beigetragen. Dennoch halte er besonders eine Erhöhung der Gewerbesteuer wegen der Ansiedlungsbestrebungen für nicht zielführend. Die Erhöhung der Hundesteuer empfinde er als unsozial. Dennoch müsse die Handlungsfähigkeit der Stadt erhalten werden und dafür müssten Prioritäten gesetzt werden. Mit den heutigen Beschlüssen werde ein Beitrag dazu geleistet. Doch dies allein reiche nicht aus, um zu einer Verbesserung der Haushaltslage zu kommen. Auch die Reduzierung der Ausgaben müsse in Angriff genommen werden; dazu werde die Gruppe verschiedene Vorschläge einreichen. Um wirksame Lösungsansätze zu finden, dürfe es keine Tabus geben. Die Gruppe fordere hier die Herstellung einer Leistungsgerechtigkeit. Ebenso müsse dem Ruf der Bevölkerung nach Feststellung der Verantwortlichen für die finanzielle Schieflage nachgekommen werden. Die Gruppe wolle und werde als Opposition nicht mehr tatenlos zusehen. Abschließend bat Herr von den Berg vorab um Entschuldigung für alles, was er heute mit seiner Zustimmung der Bevölkerung zumute.

Herr Dr. von Teichman bezeichnete den heutigen Tag aufgrund der im Raum stehenden Steuererhöhungen als „schwarzen Tag“. Auch wenn es sich um relativ geringe Einzelbeträge handle, so fehle die Gesamtsumme dennoch im Wirtschaftskreislauf. Er halte den dargestellten Schuldenstand von rund 270 Mio. € jedoch für nicht richtig: Ein großer Teil liege in den Gesellschaften in Form von Gebäuden oder Anlagen. Dafür wiederum müsse sich Geld bei Banken geliehen werden und belaste den Haushalt. Hier halte er es für wenig sinnvoll, dies mit Hilfe von Steuererhöhungen ausgleichen zu wollen. Ebenso habe die übermäßige Inanspruchnahme von kurzfristigen Kassenkrediten beim RNK zu einem wesentlichen Teil der Haushaltslage beigetragen. Hier müsse dringend die Reißleine gezogen und das Krankenhaus verkauft werden. Er sehe keinen anderen Weg aus der Misere heraus. Seiner Meinung nach müssten außerdem alle diejenigen, die den Zahlungen ans Krankenhaus zugestimmt haben, heute auch den Steuererhöhungen zustimmen. Ebenso erinnerte er an die bereits zahlreich von der FDP eingereichten Sparvorschläge, die allesamt abgelehnt worden seien. Er vermisse konstruktive Vorschläge besonders von Seiten der Mehrheitsgruppe.

Auch halte er es für unseriös, die Erstattungen aus den Abwassergebühren mit den Steuererhöhungen gleich setzen zu wollen und erinnerte abschließend an verschiedene große Investitionen, die vom Rat in der jüngsten Vergangenheit abgelehnt worden seien, der Stadt aber Einnahmen gebracht hätten.

Oberbürgermeister Wagner machte auf die Notwendigkeit der Rückzahlung der Schulden aufmerksam. Dennoch sei nicht durchweg jede Darlehnsaufnahme unnötig, wie von Herrn Dr. von Teichman geschildert.

Herrn von den Berg wolle er für dessen Forderung nach Tabulosigkeit danken. Auch der Verwaltung sei an einer rückhaltlosen Aufklärung gelegen. Die Anhebung der Steuern stelle dabei jedoch nur einen Teil der noch zu schließenden Lücke dar. Ein Großteil der Ausgaben der Stadt läge in den durch Bund und Land festgelegten Pflichtaufgaben begründet. Bei den übrigen Ausgaben müsse die Stadt eine Aufgabenkritik vornehmen, um die Ausgaben noch weiter reduzieren zu können. Er wolle aber Frau Weinstock widersprechen,

dass die Verwaltung keine Einsparvorschläge gebracht habe. Diese habe es in der Vergangenheit sehr wohl gegeben, seien aber vielfach von der Politik abgelehnt worden. Die Aufstellung der bei den Haushaltsberatungen vorgelegten Sparmaßnahmen sei noch nicht abschließend, aber auch die Politik solle hier unbedingt Vorschläge einbringen.

Herr Prof. Reuter stellte fest, die Stadt habe ein strukturelles Defizit: Die Ausgaben für die Pflichtausgaben seien höher als die Einnahmen. Dafür könne niemand verantwortlich gemacht werden, da Pflichtaufgaben nun einmal nicht gekürzt werden könnten. Die Stadt laufe somit immer wieder automatisch in ein Defizit. Sollte die Kommunalaufsicht einen Sparkommissar einsetzen, könne die Stadt überhaupt keinen Einfluss mehr auf ihre Finanzen nehmen. Die einzig mögliche „Stellschraube“ stelle nun einmal die Anhebung der Steuersätze dar. Andere Möglichkeiten gebe es nicht.

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass nicht einmal mehr die Pflichtleistungen in vollem Umfang erbracht werden könnten. Es sei daher besonders wichtig, die Strukturen zu optimieren und die Herangehensweise gegenüber der in der Vergangenheit praktizierten zu ändern.

Herr Walpurgis bezeichnete Steuererhöhungen als einseitige Mechanismen und Bankrotterklärung der Politik. Die Stadt müsse dringend Vergangenheitsbewältigung betreiben. Dafür nannte Herr Walpurgis im Folgenden einige Beispiele. Die Gebührensenkung bei den Abwassergebühren stelle für ihn darüber hinaus eine Milchmädchenrechnung dar, da es sich hier voraussichtlich lediglich um kurzfristige Erleichterungen für die Bürger handle. Seinem Empfinden nach habe die Stadt ein Einnahmeproblem. Diesem könne jedoch nicht mit steigenden Hebesätzen und öffentlichen Diskussionen entgegengewirkt werden. Dies würde ansiedlungswillige Firmen eher abschrecken, als zum Bleiben einladen.

Abschließend appellierte er an die Ratsmitglieder nach bestem Wissen und Gewissen ohne Beachtung des Fraktionszwanges abzustimmen.

Herr Becker wehrte sich gegen Vorgaben über sein Abstimmungsverhalten. Im Übrigen trage jeder, der politisch tätig sei, eine Verantwortung, besonders diejenigen, die durch eine Mehrheit eine Entscheidung herbeiführten. Im Übrigen könne die Haushaltslage nicht allein auf ein strukturelles Defizit zurückgeführt werden. In Richtung Herrn Hellwig merkte er abschließend an, dass die Steuererhöhungen zwar auch die Ratsmitglieder beträfen, aber die sozial schwachen Mitbürgerinnen und Mitbürger seien in besonderem Maße betroffen. Und diese Gruppe sei in Wilhelmshaven nun einmal vergleichsweise umfangreich vertreten.

Herr Biehl lenkte ein, er gebe jedem der Redner Recht. Dennoch werde ein gewisses Maß an Möglichkeiten benötigt, um die Stadt in der Zukunft voranzubringen. Sollte der Haushalt von der Kommunalaufsicht wegen fehlender Steuererhöhungen abgelehnt werden, gebe es für die Stadt keinerlei Spielraum oder Zukunftsmöglichkeiten mehr. Damit gehe unnötig Zeit ins Land, in der die Stadt ihre Chancen hätte besser nutzen können.

Herr Föhlinger stimmte zu, dass der Stadt gar nichts anderes übrig bleibe, als die Steuern zu erhöhen. So sei es zum Beispiel nicht mehr möglich, die Bildungslandschaft, wie mit dem Neuen Gymnasium begonnen, weiter auszubauen, sollte der Haushalt von der Kommunalaufsicht abgelehnt werden.

Herr Dr. von Teichman widersprach Herrn Walpurgis' Annahme, die Stadt habe ein Einnahmeproblem. Vielmehr handle es sich hier um ein Ausgabeproblem. Als Beispiel zog Herr Dr. von Teichman die erst vor kurzem verabschiedete

Bildung von Rückstellungen für das Krankenhaus heran. Er vermisse adäquate Vorschläge der übrigen Fraktionen und müsse diesen Untätigkeit vorwerfen.

Herr Harms hielt dem entgegen, Anklagen brächten die Stadt auf jeden Fall nicht weiter nach vorn. Es sollten vernünftige Vorschläge vorgebracht werden, anstelle sich in gegenseitigen Anschuldigungen zu verlieren.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde über die hier betroffenen Steuern **getrennt abgestimmt**:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung) zum 01.01.2013:

a) Festsetzung des Steuersatzes für die **Grundsteuer A** auf 410 v. H.

Beschluss: - mehrheitlich angenommen – (bei 2 Gegenstimmen: BASU-Fraktion)

b) Festsetzung des Steuersatzes für die **Grundsteuer B** auf 480 v. H.

Beschluss: - mehrheitlich angenommen –

(bei 5 Gegenstimmen: BASU-Fraktion, UWG-Fraktion, FDP)

c) Festsetzung des Steuersatzes für die **Gewerbesteuer** auf 450 v. H.

Beschluss: - mehrheitlich angenommen –

(bei 7 Gegenstimmen: BASU-Fraktion, UWG-Fraktion, WBV-Fraktion, FDP)

8.1.2 Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung

295/2012

- Erhöhung der Steuersätze -

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 26.11.2012 vor.

Herr Dr. von Teichman sprach sich gegen die Erhöhung dieser Steuer als „Bagatelsteuer“ aus. Seinem Empfinden nach diene dies allein dem Zweck, die Bürger zu weniger Automaten spielen erziehen zu wollen. Doch dies sollte dem Einzelnen selbst überlassen und nicht per Steuer geregelt werden. Er sehe als Folge das Gegenteil dessen, was gewollt ist: Sofern die Steuern erhöht werden, schlage sich dies auf den Preis der Spiele nieder. Daraus resultiere jedoch eine geringere Nutzung der Spielautomaten und führe zu noch weniger Einnahmen als vorher. Daher dürfe die Stadt sich nicht wundern, wenn bei Steuererhöhungen letztlich noch mehr Einnahmen wegbrächen. Er appelliere dafür, den Menschen mehr Spielraum zu lassen.

Herr Becker stimmte Herrn Dr. von Teichman zu. Ihm gehe es hier im Besonderen auch um die Spielgeräte in den kleinen Kneipen. Er befürchte, dass diese eine Anhebung der Steuern wirtschaftlich nicht auffangen könnten. Aus diesem Grunde stelle er folgenden **Änderungsantrag**:

„Die WBV-Fraktion stellt den Antrag, die 60 Spielautomaten der Gaststätten in Wilhelmshaven von der Erhöhung der Vergnügungssteuer auszuschließen.“

Oberbürgermeister Wagner bat, vor Abstimmung zu prüfen, ob dies aus Gründen der Gleichbehandlung rechtlich überhaupt möglich sei.

Frau Breuer bezog sich auf die Aussage von Herrn Stoffers im Finanzausschuss, wonach der Änderungsantrag in der eingebrachten Form möglich sei.

Die Nachfrage von **Herrn Debring**, ob die Satzung nicht ohnehin nach Aufstellungsort unterscheide, wurde von **Herrn Stoffers** verneint. Gleichzeitig bestätigte er die Aussage von Frau Breuer, dass eine Differenzierung der

Steuererhöhung nach Standort in Spielhallen und in Gaststätten möglich sei.

Frau Weinstock merkte abschließend an, dass das Spielen an Automaten immer auch das Risiko der Spielsucht berge. Die BASU-Fraktion werde daher dieser Steuererhöhung zustimmen.

Der von Herrn Becker eingebrachte **Änderungsantrag der WBV-Fraktion** wurde anschließend **mehrheitlich abgelehnt** (11 Ja-Stimmen: Gruppe Grüne/WBV/Piraten sowie UWG-Fraktion und 1 Enthaltung: Dr. von Teichman - FDP).

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 8 Gegenstimmen: WBV-Fraktion, UWG-Fraktion, 3 Mitgl. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und 1 Enthaltung: Piraten)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Vergnüguungssteuersatzung der Stadt Wilhelmshaven zum 01.01.2013.

8.1.3 Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung
- Erhöhung der Steuersätze -

296/2012

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 26.11.2012 vor.

Herr Biehl brachte einen **Änderungsantrag der Gruppe Grüne/WBV/Piraten** ein:

„Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Wilhelmshaven zum 01.01.2013 mit folgenden Hebesätzen:

- Für den ersten Hund von 90 € wie bisher*
- Für jeden weiteren Hund von 144,- € auf 220,- €.“*

Frau Ober-Bloibaum sprach sich gegen eine Erhöhung der Hundesteuer aus: Gerade für Ältere und Alleinstehende sei ein Hund oftmals der einzige Verbindungspunkt zur Außenwelt. Die Erhöhung um 30,- € je Tier stelle für finanzschwache Mitbürger eine unüberwindbare Hürde dar. Es stehe zu befürchten, dass die Tierheime daher zahlreiche zusätzliche Hunde aufzunehmen hätten. Eine Erhöhung der Hundesteuer stelle eine Ungleichbehandlung eines Teils der Bevölkerung dar. Es sei zu überlegen, ob nicht Ausnahmen von der Hundesteuer zugelassen werden sollten, z.B. bei besonders alten Hunden oder geringem Einkommen. Ihrer Meinung nach könne die Rechnung hier für die Stadt ohnehin nicht aufgehen, da die Stadt in Folge der Steuererhöhung für diejenigen Tiere zu sorgen habe, die aus Kostengründen von ihren Besitzern weggegeben worden seien.

Herr Walzner erklärte, die Hundehalter vermissten eine Gegenleistung für die Steuererhöhung. Sie hätten nunmehr neben der Pflicht, ihre Tiere chippen zu lassen und einer Anhebung der Versicherungsprämien auch noch die höheren Steuern zu tragen. Seiner Meinung nach sollten vor einer Anhebung der Hundesteuer erst einmal diejenigen Hunde versteuert werden, die von ihren Haltern gar nicht erst angemeldet worden seien. Hier vermisse er das Einschreiten des Ordnungsdienstes. Auch er befürchte bei Zustimmung zur Hundesteuererhöhung eine Flut von abgegebenen Hunden im Tierheim. Die Tiere dürften jedoch nicht als Ausgleich für die Verluste des städtischen Haushaltes erhalten. Hunde dürften auch nicht zu einem Luxusgut werden, da sie oftmals

Therapie und letzter Anker für Alleinstehende und Ältere darstellten. Deutschland sei neben Österreich und den Niederlanden übrigens das einzige Land in Europa, das eine solche Steuer erhebe.

Herr Biehl hielt dem entgegen, die Verwaltung habe bereits zugesagt, sich um adäquate Freilaufflächen zu bemühen und Automaten für „Kotbeutel“ aufzustellen. Dennoch frage er sich, ob es überhaupt im Innenstadtbereich möglich sei, derartige Flächen einzurichten. Unabhängig davon stelle die Hundesteuer bzw. deren Erhöhung nur einen kleinen Teil der Unterhaltskosten für ein solches Tier dar. Bezogen auf einen Monat handle es sich bei der Steuererhöhung nur um einen recht geringen Betrag. Vorstellbar sei es auch, wenn die Verwaltung kleinere Zahlbeiträge als den jährlichen zulasse.

Oberbürgermeister Wagner ergänzte, die Stadt prüfe derzeit verschiedene Standorte für Freilaufflächen. Als problematisch stelle sich dabei heraus, dass jeder zwar eine solche Fläche befürworte, doch nicht in der eigenen Nachbarschaft. Die Verwaltung werde jedoch über den weiteren Verlauf dieser Bemühungen informieren. Bezüglich des Änderungsantrages wolle er einwenden, dass sich die Mehreinnahmen bei einer solchen Staffelung in einem deutlich geringeren Rahmen bewegten, als mit der ursprünglichen Anhebung.

Herr Dr. von Teichman bezeichnete die Anhebung der Hundesteuer als „doppelzüngig“. Auch hier komme es, genau wie bei den anderen Steuern auch, eher zu einer Verringerung der Einnahmen. Dies resultiere daraus, dass aufgrund der Erhöhung viele Menschen sich einen Hund nicht mehr leisten könnten und ihn ins Tierheim abgeben würden. Bezüglich des Änderungsantrages gebe er zu bedenken, dass in diesem Falle die Zweithunde als erste im Tierheim landeten und eine Mehreinnahme ebenfalls ausbliebe. Auch das Argument der hohen Kosten für die Beseitigung der „Hinterlassenschaften“ könne er nicht gelten lassen; seines Erachtens gebe es in der Stadt weit größere Ordnungsprobleme als Hundekot.

Herr Walpurgis mahnte, die Verwaltung sei dabei, die Stadt nicht mehr lebenswert zu machen. Es dürften nicht immer die Hundehalter zur Verantwortung gezogen und die Hundesteuer erhöht werden. Um die Stadt lebenswert zu machen, müssten alle an einem Strang ziehen. Dies funktioniere jedoch mit der Erhöhung von Steuern.

Herr Prof. Reuter sprach sich dagegen aus, dass in der Diskussion immer so getan werde, als sei das Halten von Hunden reine Privatangelegenheit des einzelnen Halters und die Stadt diesen in die Tasche greifen wolle. Dabei dürfe man nicht vergessen, dass es Pflichtaufgabe der Stadt sei, verwahrloste oder herrenlose Hunde einzufangen und zu betreuen. Diese kostenintensive Pflichtaufgabe wiederum bezahlten alle Bürger gemeinsam.

Frau Ober-Bloibaum beantragte gem. § 10 Abs. 1b der Geschäftsordnung „Schluss der Debatte“.

Herr Dr. von Teichman machte darauf aufmerksam, dass dies nur von einem Ratsmitglied eingebracht werden dürfe, das noch nicht zur Sache gesprochen habe. Da aber Frau Ober-Bloibaum sich bereits einmal zu Wort gemeldet habe, sei der Antrag nicht zulässig.

Der Antrag von Frau Ober-Bloibaum auf „Schluss der Debatte“ wurde daraufhin nicht zugelassen und die Diskussion fortgeführt.

Herr Becker beklagte, dass die Stadt die Bürger immer mehr mit Ausgaben belaste. So werde ihnen bereits eine Mieterhöhung durch die Anhebung der Grundsteuer B zugemutet, Strom- und Gaspreisanstiege stünden ebenfalls ins

Haus. All dies stelle neben den üblichen Erhöhungen zu Jahresbeginn eine nicht unerhebliche finanzielle Belastung dar. Mit der Hundesteuer werde nun noch eine weitere Belastung ohne jegliche Gegenleistung verlangt. Er plädiere dafür, dass die Stadt erst einmal leiste, in Form der versprochenen Freilaufflächen und Automaten, bevor eine Erhöhung der Hundesteuer in Betracht gezogen werde. Darüber hinaus spreche auch er sich dafür aus, dass dann zunächst diejenigen zur Verantwortung gezogen würden, die ihren Hund nicht angemeldet hätten.

Der **Änderungsantrag der Gruppe Grüne/WBV/Piraten** wurde in der anschließenden Abstimmung **mehrheitlich abgelehnt**.

Der Antrag von **Herrn Biehl** auf **Sitzungsunterbrechung** vor der abschließenden Abstimmung wurde von **Herrn Stoffers** unter Hinweis auf das bereits laufende Abstimmungsverfahren **abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 10 Gegenstimmen: BASU-Fraktion, UWG-Fraktion, WBV-Fraktion, FDP, Piraten, Herren von den Berg und Sokolowski, beide Fraktion Bündnis 90/die Grünen, und 1 Enthaltung: Frau Lach, Fraktion Bündnis 90/die Grünen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Wilhelmshaven zum 01.01.2013.

8.1.4 Jahresabschlüsse 2008, 2009, 2011: Bildung von Rückstellungen

298/2012

Frau Breuer trug die Vorlage des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 26.11.2012 vor.

Der Rat nahm Kenntnis.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Die Jahresabschlüsse 2008, 2009 sowie 2011 der Kernverwaltung werden sich aufgrund notwendiger Rückstellungen gegenüber den bisher mitgeteilten Jahresergebnissen folgendermaßen verschlechtern:

2008:	3,50 Mio. €
2009:	4,00 Mio. €
2011:	rd. 1,86 Mio. €

9 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Wagner informierte anhand einer Übersicht über die vorhandenen Investitionskredite des Konzerns Stadt, sowie über die allgemeine Haushaltssituation.

Die Übersicht über die Investitionskredite ist im Ratsinformationssystem als Anlage zur Sitzung hinterlegt.

Es sei dringend geboten, den Schuldenstand wieder zurückzuführen, indem Rat und Verwaltung gemeinsam das strukturelle Defizit verringerten. Als erster Schritt in diese Richtung sei es unumgänglich gewesen, die Steuern zu erhöhen. Aber auch die Ausgaben müssten noch weiter verringert werden. So sei weiter an der Schulentwicklungsplanung zu arbeiten, wie auch Optimierungen bei den kulturellen Einrichtungen herbeizuführen. Aufgabe der Verwaltung müsse es insbesondere sein, die Verwaltungsstruktur zu optimieren und eine Aufgabenkritik aufzustellen.

10 Anträge10.1 Resolution auf Antrag der BASU-Fraktion: Abschaffung des Gutscheinsystems nach dem Asylbewerberleistungsgesetz **521/2012**

Frau Weinstock brachte den folgenden Antrag der BASU-Fraktion ein und verlas die dazugehörige Begründung:

„Resolution zur Abschaffung des Gutscheinsystems nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven fordert den Minister des Inneren des Landes Niedersachsen auf, seine Weisung aufzuheben, wonach die Kommunen in Niedersachsen Grundleistungen nach §3 des Asylbewerberleistungsgesetzes nicht als Geldleistungen gewähren dürfen und den Kommunen somit zu erlauben selbst zu entscheiden, ob sie die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz als Bargeld auszahlen oder Gutscheine ausgeben.“

Herr Sokolowski brachte seine Zustimmung zu diesem Antrag zum Ausdruck. Niedersachsen besitze die strengsten Asylbewerbergesetze, die einer Änderung dringend bedürften.

Frau Weinstock fügte hinzu, dass bei einer Umstellung auf Bargeldauszahlung im Übrigen die für die Gutscheinausgabe erforderliche Bürokratie entfalle.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, erfolgte die Abstimmung:

Der **Antrag der BASU-Fraktion** wurde bei 13 Ja-Stimmen: BASU-Fraktion, Gruppe Grüne/WBV/Piraten, UWG-Fraktion und 2 Enthaltungen: Frau Kolbe, SPD-Fraktion, und Dr. von Teichman, FDP **mehrheitlich abgelehnt**.

10.2 Antrag der BASU-Fraktion auf Einrichtung des "gläsernen Rathauses" **522/2012**

Frau Ober-Bloibaum brachte einen weiteren Antrag der BASU-Fraktion mit anschließender Begründung ein:

„Alle Verträge, Gutachten, Statistiken und Verwaltungsvorschriften der Stadt Wilhelmshaven und der stadt eigenen Gesellschaften werden, soweit rechtlich zulässig, im Internet für alle Bürgerinnen und Bürger verfügbar gemacht. Zusätzlich wird zu bestimmten Themen die Möglichkeit geschaffen Anregungen und Meinungen abzugeben.“

Herr Biehl bat um Auskunft, warum der Antrag nicht im Verwaltungsausschuss vorbereitet worden sei.

Herr Stoffers erklärte daraufhin, der Antrag sei weder im Verwaltungsausschuss, noch in den zuständigen Fachausschüssen, wie zum Beispiel Finanzausschuss oder Betriebsausschuss SDW, vorberaten worden, weil dieser direkt an den Rat gerichtet gewesen sei. Dies habe zur Folge, dass der Rat sich zwar mit dem Thema befassen, darüber aber inhaltlich nicht abstimmen könne.

Herr Becker beantragte daraufhin gem. § 10 Abs. 1 Buchst. d der Geschäftsordnung die **Verweisung an den bzw. die zuständige/n Fachausschuss/Fachausschüsse**.

Herr Föhlinger brachte unmittelbar daran anschließend den Geschäftsordnungsantrag auf **Nichtbefassung** nach § 10 Abs. 1 Buchst. A ein.

Herr Stoffers machte darauf aufmerksam, es handele sich mit 2 Geschäftsordnungsanträgen zu einem Tagesordnungspunkt um einen seltenen

Fall. Daher schlage er vor, zunächst über den Antrag von Herrn Becker und anschließend über den von Herrn Föhlinger abzustimmen. Bei einem Verweis an einen Fachausschuss müsse allerdings noch ergänzt werden, um welche es sich handeln solle.

Daraufhin wurde der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Becker auf **Verweisung** an den bzw. die zuständige/n Fachausschuss/Fachausschüsse **einstimmig angenommen**.

Damit erübrigte sich die Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Föhlinger.

B. Einwohnerfragestunde

Da weder Wortmeldungen zu Angelegenheiten der Gemeinde noch zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:55 Uhr

gez.

Glaser
Ratsvorsitzende

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin